

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte
– Drucksache 20/5700 –**

Jahresbericht 2022 (64. Bericht)

A. Problem

Die Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag aufgrund des § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages jährlich zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat die Wehrbeauftragte am 28. Februar 2023 dem Deutschen Bundestag ihren Jahresbericht für das Jahr 2022 vorgelegt.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts und Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte auf Drucksache 20/5700 folgende EntschlieÙung anzunehmen:

- „1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht der Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt der Wehrbeauftragten sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, dem Verteidigungsausschuss bis zum 6. Mai 2024 über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 8. November 2023

Der Verteidigungsausschuss**Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann**

Vorsitzende

Dirk Vöpel
Berichterstatter

Kerstin Vieregge
Berichterstatterin

Merle Spellerberg
Berichterstatterin

Dr. Marcus Faber
Berichterstatter

Hannes Gnauck
Berichterstatter

Ali Al-Dailami
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dirk Vöpel, Kerstin Vieregge, Merle Spellerberg, Dr. Marcus Faber, Hannes Gnauck und Ali Al-Dailami

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte auf **Drucksache 20/5700** in seiner 97. Sitzung am 20. April 2023 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Sportausschuss, dem Rechtsausschuss sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 43. Sitzung am 8. November 2023 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 72. Sitzung am 8. November 2023 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 45. Sitzung am 8. November 2023 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 26. September 2023 in seiner 50. Sitzung am 8. November 2023 beraten.

Im Ergebnis empfiehlt der **Verteidigungsausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., in Kenntnis der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene EntschlieÙung anzunehmen.

Die **SPD-Fraktion** dankte der Wehrbeauftragten sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht, der einen unschätzbaren Mehrwert für die Arbeit der Abgeordneten darstelle. Der Bericht gebe einen Überblick über die „Baustellen“ der Bundeswehr, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Material und Personal. Es sei erkennbar, dass von Seiten des Bundesministeriums der Verteidigung ernsthaft an konkreten Lösungen für die aufgeworfenen Probleme gearbeitet werde, um das Ziel der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zügig zu erreichen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte ebenfalls ihren Dank an die Wehrbeauftragte und begrüÙte, dass der Bericht kein Blatt vor den Mund nehme. Sie hob den im Bericht angesprochenen Themenkomplex „Infrastruktur“ hervor und bemängelte die zu langwierigen Verfahren bei den Landesbehörden. Auch griff sie das Thema „Digitalisierung“ auf und hoffe, dass dadurch spätestens ab 2025 eine Beschleunigung der Sicherheitsüberprüfungsverfahren realisiert werden könne. Aus ihrer Sicht sei 2022, also das erste Jahr der Zeitenwende, verschlafen worden und sie hinterfrage kritisch, ob mit den derzeit angesetzten Haushaltsmitteln diese überhaupt gelingen könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach auch ihren Dank aus und hob die im Bericht angesprochene Thematik des sexualisierten Fehlverhaltens hervor. Sie lobte hier die durch das Bundesministerium der Verteidigung neu überarbeiteten Richtlinien und begrüÙte auch die positive Entwicklung bei der Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten. Insgesamt sei man im Bereich Material auf einem guten Weg.

Die **FDP-Fraktion** bedankte sich ebenfalls bei der Wehrbeauftragten und ihrem Personal. Der Jahresbericht verdeutliche die Notwendigkeit einer Priorisierung von Einsätzen. Auch griff sie den Investitionsstau bei den Liegenschaften auf und sehe trotz Fortschritten noch deutlichen Verbesserungsbedarf bei der Zusammenarbeit mit

den Bundesländern. Bei der Personalgewinnung sprach sie das Thema „Regionalisierung“ an und erkundigte sich nach den Potentialen des Freiwilligen Wehrdienstes für die Nachwuchsgewinnung.

Die **AfD-Fraktion** schloss sich dem Dank an die Wehrbeauftragte und ihr Haus an. Sie nahm Bezug auf das Thema „Personalgewinnung“ und kritisierte den Auswahlprozess mit Blick auf die fehlende fachliche Expertise der Einplaner. Zudem sprach sie die Problematik an, dass das Kommando Spezialkräfte der Marine sich im Hinblick auf den Zulauf von Einsatzbooten noch gedulden müsse und frage sich, wie der Übungsbetrieb aufrechterhalten werde. Darüber hinaus nahm sie Bezug auf das Thema der einsatzbedingten psychischen Erkrankungen und kritisierte die fehlenden finanziellen Mittel bei einem Forschungsprojekt mit Hunden. Dadurch gebe es weniger Dienstposten und die Laufzeit des Projektes verlängere sich mit der Folge, dass eventuelle Therapiemöglichkeiten sich verzögerten.

Die **Fraktion DIE LINKE** schloss sich ebenfalls den Dankeswünschen an und begrüßte die klare Sprache des Berichtes im Hinblick auf das Thema „Rechtsextremismus“. Sie kritisierte die mangelnde Ausstattung der Truppendienstgerichte und die anstehende Gesetzesänderung, die einer Abschaffung der gerichtlichen Verfahren gleichkomme. Auch positioniere sich die Wehrbeauftragte zu bestimmten Themen wie Sondervermögen, Evaluierung von Einsätzen oder Wiedereinführung der Wehrpflicht politisch, was ihrem Amt nicht zustehe und allein den Abgeordneten vorbehalten sei.

Berlin, den 8. November 2023

Dirk Vöpel
Berichterstatter

Kerstin Vieregge
Berichterstatterin

Merle Spellerberg
Berichterstatterin

Dr. Marcus Faber
Berichterstatter

Hannes Gnauck
Berichterstatter

Ali Al-Dailami
Berichterstatter